

Stadtverwaltung Hildesheim soll nun noch mehr ausbilden

Doppelter Abitur-Jahrgang: Politik will Zeichen setzen

HILDESHEIM (kn) ■ Weil in diesem Jahr wegen des doppelten Abiturjahrgangs voraussichtlich deutlich mehr Schulabgänger auf den Ausbildungsmarkt der Region drängen als sonst, soll die Stadtverwaltung mehr Auszubildende einstellen. Einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion hat der Rat am Montag einstimmig beschlossen. Dabei bildet die Stadt schon jetzt über den Bedarf hinaus aus. Unklar ist noch, wie die zusätzlichen Personalkosten finanziert werden sollen.

Nicht 6 700 wie im vergangenen Jahr sondern 8 000 junge Menschen werden dieses Jahr nach Berechnungen der Hildesheimer Arbeitsagentur im Agenturbezirk von den Schulen abgehen. Grund ist die Umstellung der Gymnasialzeit von 13 auf 12 Jahre. Dadurch machen in diesem Schuljahr gleich zwei

Jahrgänge Abitur. Hinzu kommt die Aussetzung des Wehrdienstes. Experten rechnen daher damit, dass ein höherer Anteil als sonst eine Berufsausbildung beginnen wird.

Das hat nun die Politik auf den Plan gerufen. Auf Initiative der SPD hat der Rat einstimmig beschlossen, dass die Stadt mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen soll. Dabei bildet die Stadt schon jetzt weit mehr junge Menschen aus als sie übernehmen kann. SPD-Ratsherr und Erster Bürgermeister Henning Blum erkennt das an und will seine Initiative daher als „beispielgebenden Akt“ verstanden wissen.

Das finden seine Kollegen im Rat auch grundsätzlich gut. Allerdings wies FDP-Fraktionschef Martin Gottschlich darauf hin, dass abgewogen werden müsse, ob die zusätzlichen Ausgaben bei

der schwierigen Haushaltslage der Stadt möglich seien: „Wir erklären den Bürgern, wir müssen sparen. Wir sagen der Verwaltung, sie soll weniger für Personal ausgeben.“ Wenn nun mehr für Ausbildungsstellen ausgegeben werde, müsse das an anderer Stelle eingespart werden.

CDU-Fraktionschef Ulrich Kumme erklärte, der Antrag sei lediglich ein Appell: „Die Stadt bietet seit Jahren überproportional Ausbildungsstellen an.“ Tatsächlich hat die Stadt schon jetzt die Zahl der Stadtinspektor-Anwärter wegen des doppelten Abiturjahrgangs von bisher drei auf fünf Plätze erhöht.

Noch mehr Ausbildungsplätze im Verwaltungsbereich will die Stadt aber nicht anbieten. Denn schon jetzt können längst nicht alle Azubis übernommen werden. Die Verwaltung fürchtet da-

her, dass bei noch mehr Ausbildungsstellen andere Arbeitgeber, die nicht oder nicht ausreichend ausbilden, die Stadt-Azubis abgreifen und somit Unternehmen oder Behörden gefördert werden, die ihrer Ausbildungsverantwortung nicht nachkommen.

Weil die Stadt die Grünflächenpflege künftig nicht mehr von privaten Firmen sondern selbst erledigen will, werden hier zusätzliche vier Azubis eingestellt. In anderen Ausbildungsbereichen wurde die Zahl der Lehrstellen nicht wie zunächst geplant reduziert.

„Sie rennen bei uns offene Türen ein“, sagte daher auch Oberbürgermeister Kurt Machens. Er steht hinter dem Ansinnen, möglichst viele Ausbildungsplätze anzubieten: „Über die Finanzierung müssen wir uns noch unterhalten.“ Das soll nun in den Fachausschüssen passieren.